

Antrag Nr. 25-F-63-0022

Grüne SPD Die Linke Volt

Betreff:

Städtepartnerschaft mit Fatih/Istanbul: Wiesbaden positioniert sich gegen die Festnahme von Ekrem İmamoğlu
-Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 20. März 2025-

Antragstext:

Die Festnahme des Istanbuler Oberbürgermeisters und möglichen Präsidentschaftskandidaten Ekrem İmamoğlu durch die Behörden ist ein schwerwiegender Angriff auf die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei. Als Partnerstadt des Istanbuler Stadtteils Fatih hat Wiesbaden eine besondere Verantwortung, sich klar zu den Werten der Demokratie und kommunalen Selbstverwaltung zu bekennen und demokratische Kräfte zu unterstützen. Wiesbaden pflegt seit Jahren einen kulturellen und zivilgesellschaftlichen Austausch mit Fatih, der auf den Prinzipien der Freiheit, Menschenrechte und demokratischer Mitbestimmung basiert.

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden verurteilt die Festnahme des demokratisch gewählten Istanbuler Oberbürgermeisters Ekrem İmamoğlu aufs Schärfste und betrachtet diese als besorgniserregenden Angriff auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freie Wahlen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden erklärt ihre Solidarität mit den demokratischen Kräften in der Türkei und unterstützt das Recht auf Meinungsfreiheit, politische Teilhabe und faire Wahlen als Grundpfeiler einer offenen und demokratischen Gesellschaft.

Der Magistrat wird gebeten, gemeinsam mit dem Partnerschaftsverein Wiesbaden-Istanbul/Fatih e.V. Maßnahmen zu erarbeiten, um Wiesbadens Solidarität mit den demokratischen Kräften in Istanbul deutlich zu machen und konkrete Möglichkeiten der Unterstützung zu prüfen.

Wiesbaden, 20.03.2025